

Weniger Körnermais geerntet

Bonn (DMK) – Auf Basis der neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes rechnet das Deutsche Maiskomitee e.V. (DMK) damit, dass im Jahr 2025 rund 489.900 ha Körnermais in Deutschland angebaut wurden. Das wäre gegenüber dem Jahr zuvor ein Rückgang um 1,7 %. Die Flächenerträge lagen mit 100,9 dt/ha geringfügig über dem Vorjahreswert (100,5 dt/ha), wodurch die Gesamterntemenge 2025 mit rund 4,95 Mio. ha das Vorjahresergebnis um 1,3 % verfehlten dürfte. Bei dieser Betrachtung muss jedoch der Basiseffekt beachtet werden: Die Anbaujahre 2024 und 2025 erwiesen sich als besonders günstig für den Maisanbau und die Erträge lagen signifikant über dem Schnitt der letzten Dekade (94,5 dt/ha).

In Baden-Württemberg (116,1 dt/ha), Bayern (114,7 dt/ha) und Nordrhein-Westfalen (103,6 dt/ha) wurde 2025 deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt gedroschen. Knapp darunter war die Erntemenge in Schleswig-Holstein (97,3 dt/ha), Niedersachsen (97,3 dt/ha), Rheinland-Pfalz (96,7 dt/) sowie Hessen (96,0 dt/ha). Ebenso lagen die Flächenerträge in den Ostdeutschen Bundesländern unter dem Bundesdeutschen Schnitt. Sachsen verfehlte den Bundesschnitt mit 91,5 dt/ha, ebenso wie Thüringen (87,2 dt/ha). Deutlich niedriger waren die Erträge in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 77,9 dt/ha) sowie in Sachsen-Anhalt (77,0 dt/ha).

Die Entwicklungen der Flächenerträge auf Ebene der Bundesländer verlief uneinheitlich. Mit einem Plus von 10,3 % gegenüber 2024 stieg der Körnermaisertrag je ha in Baden-Württemberg am deutlichsten, gefolgt von Bayern mit einem Zuwachs um 8,8 %. Dagegen fiel das Plus in Hessen (3,9 %), Sachsen (3,0 %) und Brandenburg (1,2 %) deutlich niedriger aus. In den übrigen Bundesländern sanken die Flächenerträge teilweise deutlich und waren im Vergleich zum Vorjahr in Schleswig-Holstein mit einem Minus von 12,7 % am höchsten. Aber auch in Sachsen-Anhalt (-11,0 %) und Thüringen (-10 %) war der Rückgang zweistellig. Etwas geringer war dagegen das Minus in Niedersachsen (-5,4 %), in Nordrhein-Westfalen (-5,3 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (-2,1 %).

(2.105 Zeichen)